

# Pakt für psychische Gesundheit

## Die Kosten für psychische Erkrankungen steigen EU-weit an

Am 13.06.2008 ist von der EU-Kommission im Rahmen einer hochrangigen Konferenz in Brüssel der „Europäische Pakt für psychische Gesundheit“ initiiert worden. Darin verständigten sich erstmals europaweit Vertreter nationaler Ministerien, Patientenorganisationen, Angehörige der Gesundheitsberufe und Wissenschaftler auf ein künftiges gemeinsames Vorgehen zur Verbesserung der psychischen Gesundheit. Der Pakt ist das Ergebnis eines mehrjährigen Politikprozesses, der im Jahr 2005 mit der Vorlage eines Grünbuchs der Kommission zur psychischen Gesundheit begann (KU-Artikel 5/2006). In der sich anschließenden EU-weiten Konsultation wurde in über 230 Stellungnahmen – darunter zahlreichen deutschen Beiträgen<sup>1</sup> – nachdrücklich ein größeres Engagement auf europäischer Ebene gefordert, um die psychische Gesundheit künftig stärker in den Blickpunkt zu rücken.

In der Europäischen Union erleiden ca. 11% der Menschen jährlich eine psychische Erkrankung. Die Tendenz ist zunehmend. Besonders verbreitet sind Depressionen. So erkranken ca. 9% der erwachsenen Männer und 17% der erwachsenen Frauen in der EU mindestens einmal im Leben an schweren Depressionen. Die volkswirtschaftlichen Kosten werden auf jährlich über 100 Mrd. Euro geschätzt. In vielen Mitgliedstaaten sind Depressionen bereits das dringendste Gesundheitsproblem und für die Gesundheitssysteme stellen die direkten Kosten in zunehmendem Maß eine Herausforderung dar. Einen noch größeren Anteil haben die indirekten Kosten, die außerhalb des Gesundheitswesens, vor allem durch Fehlzeiten am Arbeitsplatz, Arbeitsunfähigkeit und Frühverrentung entstehen. Psychische Gesundheit wird deshalb von der Kommission auch als ein wichtiger wirtschaftlicher Erfolgsfaktor gesehen.

Wenngleich die Mitgliedstaaten für gesundheitspolitische Maßnahmen in diesem Bereich zuständig sind, möchte die Kommission die nationalen Bemühungen unterstützen und das Potenzial eines europäischen Mehrwerts ausschöpfen. Dabei geht es insbesondere um die Förderung von Prävention, Aufklärung, Schulung, Selbsthilfe sowie die Unterstützung von Betroffenen und deren Familien.

Die EU-Kommission hat daher mit dem Pakt für psychische Gesundheit eine langfristig angelegte europaweite Zusammenarbeit eines weiten Kreises beteiligter Akteure aus Politik, Wissenschaft und Praxis gestartet. Dabei sollen Erkenntnisse aus der gesamten EU mit ihren sehr unterschiedlichen Systemen zur Behandlung psychischer Krankheiten zusammengeführt sowie „Best Practices“ und Erfolgsfaktoren ausgetauscht werden. Auf dieser Grundlage sollen in einem weiteren Schritt Empfehlungen und Aktionspläne entwickelt werden. Möglicherweise wird auch ein Weißbuch für ein gemeinschaftliches Vorgehen mit gemeinsamen Mindeststandards verabschiedet werden; dies - wie auch andere Schritte der konkreten Umsetzung des Paktes - ist allerdings gegenwärtig noch in der Diskussion; Voraussetzung wäre hier, dass die Mitgliedstaaten zustimmen.

In dem Pakt werden fünf Prioritätsbereiche ins Auge gefasst:

*1. Prävention von Selbsttötung und Depression:* Hier werden Politik und Interessenvertreter z.B. aufgefordert, die Ausbildung und Schulung von Angehörigen der Gesundheitsberufe und anderen Schlüsselakteuren zum Thema psychische Gesundheit zu verbessern. Ferner sollen Maßnahmen ergriffen werden, um Risikofaktoren wie Isolation, Depressionen und Stress zu reduzieren.

*2. Psychische Gesundheit in den Bereichen Jugend und Bildung:* Auch hier stehen Schulungsmaßnahmen für verantwortliche Personen in Bildungssystemen sowie im Sozial- und Gesundheitssektor im Mittelpunkt, um ein rasches Erkennen von Symptomen und ein schnelles Eingreifen zu ermöglichen. In gleicher Weise sollen Eltern durch entsprechende Programme in ihrer Aufmerksamkeit geschult werden. Genannt wird zudem die Förderung der Aufnahme von sozio-emotionalem Lernen in die Lehrpläne.

---

<sup>1</sup> Die einzelnen Beiträge sind abrufbar auf der Website der EU-Kommission unter:  
[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/green\\_paper/mentalgp\\_contributions\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/mental/green_paper/mentalgp_contributions_en.htm)

3. *Psychische Gesundheit am Arbeitsplatz:* In diesem Bereich bildet z.B. die Förderung der Beschäftigung und Rückkehr von psychisch kranken Menschen einen Schwerpunkt.

4. *Psychische Gesundheit bei älteren Menschen:* Hier wird u.a. die Unterstützung der aktiven Teilhabe von älteren Menschen am Gemeinschaftsleben genannt.

5. *Bekämpfung von Stigma und sozialer Ausgrenzung:* Da soziale Ausgrenzung, Stigmatisierung und Diskriminierung psychisch kranker Menschen noch oft Realität sind, sollen Aufklärungskampagnen in Medien, Schulen und am Arbeitsplatz ein breiteres Bewusstsein in der Öffentlichkeit für psychische Erkrankungen fördern und die Stigmatisierung psychisch kranker Menschen bekämpfen.

Zu diesen Schwerpunktthemen wurden Konsenspapiere erarbeitet, die den derzeitigen Sachstand, vorhandene Daten und politische Strategien wiedergeben. Auf sie wird sich die Umsetzung des Pakts stützen. Im Laufe der Jahre 2009-2010 sollen die Ergebnisse des gemeinschaftsweiten Austauschs auf einer Reihe thematischer Konferenzen vorgestellt werden<sup>2</sup>.

KU Gesundheitsmanagement, 09/2008

*Sandra Barghoorn, BFS Europa-Service, Büro Brüssel.*

---

<sup>2</sup> Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf folgender Website:  
[http://ec.europa.eu/health/ph\\_determinants/life\\_style/mental/mental\\_health\\_en.htm](http://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/mental/mental_health_en.htm) ; Kontaktadresse in der EU-Kommission:  
[jürgen.scheftlein@ec.europa.eu](mailto:jürgen.scheftlein@ec.europa.eu)